KIVUG

DAS MAGAZIN DER KONSEQUENTEN INTERESSENVERTRETUNG
02/2015

THEMEN IM FEBRUAR

Überlastung der Pflege

5 Jahre Unibrennt

Protestaktion der Pflege und ÄrztInnen

AUFWERTUNG DER PFLEGE ODER AUSWEITUNG VON NOTSTAND?

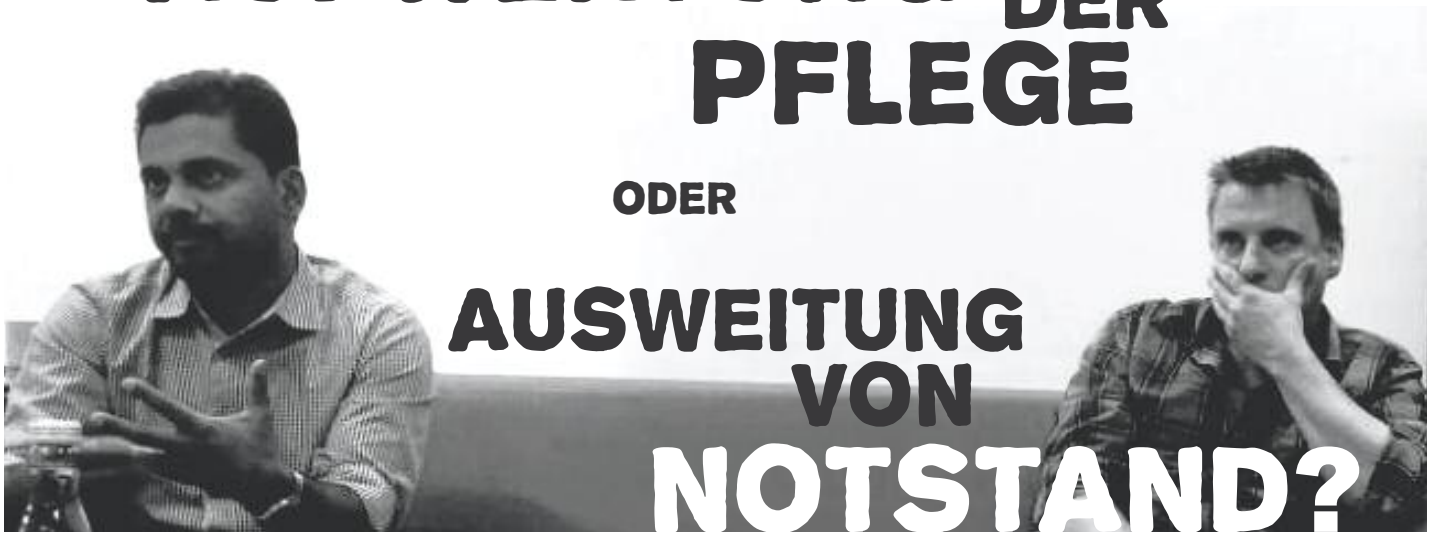

Foto Samet Adali

EIN BERICHT VOM JOUR FIXE AM 13. JÄNNER IN DER ARBEITERKAMMER VON BIJU ONATT

Im Rahmen der Jour-fixe-Veranstaltung mit dem Titel „Aufwertung der Pflege oder Ausweitung von Notstand? Diskussionsabend zur verordneten Kompetenzerweiterung in der Pflege" gab es am 13. Jänner einen enormen Andrang in der Wiener Arbeiterkammer. Bei der von Sandra Stern moderierten, über zwei Stunden dauernden Diskussionsveranstaltung ging es in erster Linie um die bevorstehende Kompetenzerweiterung der Pflege im Krankenanstaltenverbund (KAV), die mit der Verkürzung der ÄrtzInnenarbeitszeit zusammenfällt. Da sich aber auch die anderen Wiener Krankenhäuser am KAV orientieren, ist dieses Thema für viele Bedienstete im sozialen Bereich von großer Bedeutung, entsprechend groß war auch der Andrang.

Der zur Veranstaltung eingeladene Michael Kirchner berichtete dabei über die Zustände an der Charité Berlin vor den Streiks des Pflegepersonals in den Jahren 2006 und 2010. Er war damals aktiv an den Vorbereitungen der Aktionen beteiligt und ist bei den derzeitigen Tarifverhandlungen zu Mindestpersonalbesetzung für die Pflegepersonen in Deutschland ein wichtiger Verhandler.

Biju Augustian Onatt von der KIV, der bezüglich der Kompetenzerweiterung bereits im Sommer 2014 einen offenen Brief an Gesundheitsstadträtin Wehsely geschrieben hat, informierte über das Instrument der laut Paragraph 15 Artkel 5 des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes vorgesehene Überlastungs- oder Gefährdungsanzeige. Bei der anschließenden Diskussion hat sich auch die enorme Hilfslosigkeit der Pflege herauskristallisiert.

DEM PFLEGEBEREICH DROHT EINE GROßE BELASTUNG.

Hintergrund der Veranstaltung ist die große Belastung, die derzeit auf die Pflege zukommt: Damit PatientInnen im Notfall nicht auf der Strecke bleiben, hat der Gesetzgeber bei der Novellierung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes im Jahr 1997 den Paragraphen 15 (Mitverantwortliche Tätigkeiten für Diplomierte Pflegepersonen) eingeführt. Dieser besagt, dass nun auch Angehörige des Pflegepersonals Aufgaben wie Blutabnahmen, das Anhängen von Infusionen, das Verabreichen von Spritzen etc., die bis dahin ÄrztInnen vorbehalten waren, übernehmen können.

Bei Einführung des Gesetzes 1997 war der KAV-Führung klar, dass die Übernahme dieser Tätigkeiten aufgrund von personellen Engpässen in der Pflege nicht möglich sein wird. Mit Inkrafttreten des neuen ÄrztInnenarbeitszeitgesetzes, das die Maximalarbeitszeit von ÄrztInnen von 72 Wochenstunden nun auf 48 senkt, und der mit 1. Jänner 2015 geltenden Ausbildungsreform der TurnusärztInnen (beide sind zeitgemäß und längst überfällig) sollen sich aber nun die diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen im KAV dorthin verschieben, woher der geringste Widerstand kommt – nämlich zur Pflege hin.

Die mitverantwortlichen Tätigkeiten sind uns in der Pflege nicht unbekannt. Seit 1997 werden sie an der Pflegeschule unterrichtet und auch KollegInnen mit mehr als 30 Jahren Berufserfahrung beherrschen sie. Einzig der Personalmangel in der Pflege hat bisher dazu geführt, dass Blutabnahmen etc. weiterhin von ÄrztInnen oder TurnusärztInnen durchgeführt wurden.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Viele KollegInnen freuen sich, nun endlich auch solche Aufgaben übernehmen zu können – das Problem ist nur, dass dadurch unsere eigenverantwortliche Tätigkeit – die Pflege –zeitlich vernachlässigt wird. Es bleibt uns schon jetzt nicht einmal genug Zeit für eigenverantwortliche Tätigkeiten – wie sollen wir da noch andere Aufgaben übernehmen?

Dass die sozialdemokratische Personalvertretung das Vorhaben der sozialdemokratischen Regierung zu Lasten des Pflegepersonals unterstützt, ist logisch – oder kennst Du vielleicht sozialdemokratische PersonalvertreterInnen, die dagegen wären? Dass Generaldirektor Janßen, der von der sozialdemokratischen Gesundheitsstadträtin Wehsely aus Deutschland geholt wurde, keinen Respekt vor dem Pflegepersonal hat, das keinen Widerstand leistet ist,auch klar. Oder siehst Du momentan irgendwo eine starke Pflegevertretung? Es ist Zeit, dass sich etwas ändert.

Ausführliche Informationen über die Überlastungsanzeige haben wir deshalb für Dich auch auf der KIV-Homepage (http://www.kiv.at/startseite/schlagwort/krankenpflege) zusammengestellt.

Biju Onatt

Vor fünf Jahren gingen die Studierenden Österreichs auf die Straße und besetzten das Audimax, den größten Hörsaal der Hauptuniversität Wien, um für einen offenen Universitätszugang, für die freie, kritische Lehre und gegen die chronische Unterfinanzierung und den Sparzwang der Universitäten im Zeitalter des Neoliberalismus zu protestieren. #unibrennt war geboren, Unterstützung kam aus allen Bevölkerungsschichten, die oftmals prekär beschäftigten Lehrenden stellten sich auf die Seite der Studierenden, und auch die gerade mit Personalmangel hart kämpfenden KindergärtnerInnen solidarisierten sich als ElementarpädagogInnen. Was war passiert?

DAS HUMBOLDT'SCHE BILDUNGSIDEAL...

Bereits im Jahr 1792 formulierte Wilhelm von Humboldt (1767 – 1835) sein Bildungsideal, dessen Kernpunkte die Freiheit der Lehre und die Wichtigkeit von Bildung für die allgemeine charakterliche Entwicklung des Menschen und sein Verständnis der Welt sind. Laut seinem Ideal sollten all jene, die das Bildungssystem durchlaufen hatten, als autonome Individuen und Weltbürger daraus hervorgehen. Vor allem die universitäre Bildung sollte dabei keine berufsbezogene Ausbildung sein, sondern eine, die von wirtschaftlichen Interessen unabhängig ist.

Todesfall #1

...WEICHT DEN ANFORDERUNGEN DER WIRTSCHAFT

Sieht man sich die heutige Situation des Bildungssystems und der Universitäten an, sieht man sie jedoch von neoliberaler Ideologie und Sparzwängen gekennzeichnet. Sie leiden unter chronischer Unterfinanzierung, unter einem teils grotesk auseinanderlaufendem Verhältnis von Lehrenden zu Lernenden

und, ob dieser Situation, unter teilweise hohen AbbrecherInnenzahlen.
Mit dem 1999 eingeleiteten Bologna-Prozess, der auf eine Normierung der europäischen Studiengänge und -abschlüsse abzielt, sollen Universitätsstudien überhaupt zu einer Dienstleistung werden, die die KundInnen (sprich die Studierenden) sich, je nach Marktlage, über ein Punktesystem zusammenstellen und in den Warenkorb legen.
Die Hochschulbildung wird also den wirtschaftlichen Interessen unterworfen, wird dabei immer weniger vielfältig und immer weiter auf die Berufspraxis ausgerichtet – Studienzweige, die sich nicht rentieren oder für die es keinen besonderen praktischen Nutzen am Arbeitsmarkt gibt, werden eben abgeschafft. Das Studium wird von der Bildung zur Ausbildung umfunktioniert und soll rasch in den Arbeitsmarkt integrierbare Arbeitskräfte hervorbringen, keine kritisch denkenden Menschen, die vielleicht sogar System und Gesellschaft analysieren und kontextualisieren können. Das traurigste heimische Beispiel für diese „Verwirtschaftlichung" der höheren Bildung ist die 2013 erfolgte Abschaffung des Wissenschaftsministeriums und seine Integrierung in das Wirtschaftsministerium. Die Lehre kann unter solchen Umständen natürlich weder frei noch kritisch bleiben.

Todesfall #2

Die Absichten europäischer Wissenschaftspolitiker, die völlig überlaufenen Universitäten zu verschlanken, umzuformen und mittles Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren wieder funktionsfähig zu machen, erscheinen angesichts der Tatsache, dass die europäischen Universitäten fast ausnahmslos in einer desolaten Verfassung sind, auf den ersten Blick sinnvoll. Es darf jedoch weder übersehen werden, dass dies in der Regel dieselben Politiker sind, die den desolaten Zustand der heutigen Universitäten überhaupt erst zu verantwortlichen haben, noch, dass die angepeilten Pläne auf lange Sicht dazu führen, dass echte Bildung – und nicht Ausbildung – zu einer elitären Kostbarkeit wird, die für die breite Masse unerschwinglich ist.

#UNIBRENNT

Unter dem Eindruck dieser drohenden Entwicklungen kam es im Winter 2009/10 zu den größten Bildungsprotesten der letzten Jahre: Unter dem Hashtag „unibrennt" versammelten sich Studierende, Lehrende und Solidarische in den Hörsälen österreichischer Universitäten und forderten mehr Platz, mehr Geld, mehr Lehrpersonal mit sicheren Arbeitsplätzen, mehr Wertschätzung für die Hochschulen und die Abschaffung von finanziellen oder zahlenbasierten Zugangsbeschränkungen.
Aber auch außerhalb Österreichs schlug #unibrennt hohe Wellen; so wurden, dem österreichischen Beispiel folgend, international ebenfalls Hörsäle besetzt und Forderungen formuliert.

BRAND NOCH NICHT GELÖSCHT

Trotz des großen gesellschaftlichen Echos verloren die von der Politik totgeschwiegenen Proteste schlussendlich an Fahrt und die Studierenden kehrten etwas verbittert wieder als Lernende in ihre überfüllten Hörsäle zurück. Der Brand an den Universitäten und höheren Bildungseinrichtungen blieb jedoch ungelöscht und die Forderungen von #unibrennt sind aktueller denn je.
Denn besonders in Österreich, wo das Bildungsniveau und damit auch der soziale Status immer noch von den Eltern an ihre Kinder „vererbt" wird, sind eher Maßnahmen zur breiteren Zugänglichkeit von Bildung für alle Gesellschaftsschichten nötig, als eine weitere Einschränkung. Allein die Anzahl der Studierenden (2013/2014 waren es österreichweit 298.527 Personen, die an öffentlichen Universitäten studiert haben) macht ja schon klar, wie viele großteils junge Menschen in Österreich nach freier, kritischer Bildung streben. Der Staat sollte dieses Bestreben mit aller Kraft unterstützen, nicht zusätzlich erschweren, zumal die positiven sozialen und finanziellen Auswirkungen der Bildung auf Gesellschaft und Staat in internationalen Studien eindeutig erwiesen sind.

IST ALSO NICHTS VON #UNIBRENNT GEBLIEBEN?

Nunja. Allein die breite, auch international geführte Debatte über das Bildungssystem und die universitäre Bildung, die die #unibrennt-Bewegung 2009 ausgelöst hat, die Anzahl an aktiven Beteiligten und an UnterstützerInnen, die sie anzog, sowie die Solidaritätserklärungen aus allen Teilen der Bevölkerung haben gezeigt, wie wichtig das Thema Bildung der Gesellschaft ist – und was man bewegen könnte, wenn man es denn versuchen würde.

Staat und Gesellschaft profitieren langfristig und spürbar von Investitionen in die Bildung (vgl. diverse OECD-Studien). Es ist in unser aller Interesse, in diesem Bereich nicht zu sparen, sondern im Gegenteil zu investieren. Und es liegt an uns, das Recht auf Bildung vehement von der Politik einzufordern und der Universität Wien weitere 650 Jahre zu ermöglichen.

Lucia Schwarz

Geburtstagskind #2
(15 Jahre)

„WIR SIND KRANKENHAUS"

Unter diesem Motto wurde Mitte Jänner im KIV Club eine „Expertenrunde" einberufen, die sich des in Österreich anbahnenden Pflegenotstandes annimmt. Ziel dieser Kampagne ist es, die Politik zu einem Einlenken ihrer starren, personalfeindlichen Sparstrategie zu bewegen. Dazu kamen 15 KollegInnen aus dem Bereich des KAV, des Sozialwesens sowie aus Privatspitälern. Die erste Aktion zur Sichtbarmachung dieses Pflegenotstandes lieferten die Ärzte, die sich im Museumsquartier zu einer Kundgebung einfanden. Dabei wurden sie zur großen Freude und mit eindrücklicher Einladung des Wiener Ärztekammerpräsidenten Thomas Szekeres („Ich freue mich, dass Sie hier sind, um uns zu unterstützen!") von KollegInnen der Pflege mit Plakaten und Transparenten begleitet. Weitere Aktionen und Aussendungen – natürlich auch für die einzelnen Berufsgruppen und deren ganz speziellen Probleme – sind geplant.

Dazu sammeln wir Kommentare, Stimmungsberichte, Fallbeispiele und Fakten, die alle streng vertraulich behandelt und anonymisiert verwendet werden. Klar ist für uns, dass wir die in den Spitälern und Geriatriezentren beschäftigen Berufsgruppen nicht auseinanderdividieren können, da wir nur gemeinsam eine Verbesserung des derzeitigen Ist-Zustandes erreichen (können). In diesem Sinne rufen wir alle KollegInnen in den Spitälern, Ambulanzen und Geriatriezentren dazu auf, mit uns diesen Weg zu gehen. Wir wollen damit eine Öffentlichkeit schaffen, die einzelne Berufsgruppen alleine wohl nicht so schnell erreichen können.

Die schriftlichen Einsendungen können formlos an unsere E-Mailadresse kiv@kiv.at geschickt werden. Wer lieber den Weg der direkten, persönlichen Kommunikation gehen will, kann sich an unsere KIV-Personalvertreter vor Ort wenden.

Thomas Zarka

Die KIV spricht den Angehörigen der Opfer der Anschläge in Paris ihr Mitgefühl aus und plädiert für ein Miteinander der gegenseitigen Akzeptanz; ohne Gewalt, Hetze und Hass.

www.facebook.com/KIV.UG

twitter.com/KIV_UG

www.kiv.at

Alle namentlich nicht gekennzeichneten Artikel wurden vom Redaktionsteam unter der Leitung von Martina Petzl-Bastecky erstellt. Layout und Gestaltung Lucia Schwarz.

Namenslistenverbund „Konsequente Interessenvertretung" ÖGB – GdG-KMSfB, BetriebsrätInnen, Personalvertretung, Behindertenvertrauenspersonen.
Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon (01) 4000 838 67, Fax (01) 4000 838 77.

TERMINE IM FEBRUAR '15

12.

HG2-Plenum
Donnerstag, 12.02.,
15.00–17.00h, KIV-Club

19.

Plenum zur Besoldungsreform
Donnerstag, 19.02.,
18.00–20.00h, KIV-Club

HELFEN SIE UNS KOSTEN SPAREN: ABONNIEREN SIE DAS KIV-MAGAZIN PER E-MAIL UNTER KIV@KIV.AT

Werte/r BriefträgerIn: Bei Unzustellbarkeit Retouren bitte an Postfach 100 1350 Wien. Danke.

IMPRESSUM
Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: ÖGB/Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Maria Theresienstraße 11, 1090 Wien.
Redaktion, Vertrieb: KIV – Namenslistenverbund „Konsequente Interessenvertretung", Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon: (+43 1) 4000/ 838 67, Fax: (+43 1) 4000/ 838 77, kiv@kiv.at; www.kiv.at

KIV-Magazin 2/2015 • Erscheinungsort Wien • P.b.b. 02Z031874 (KIV-Magazin) • ÖGB-Verlag, Johann Böhm Platz 1, 1020 Wien • Retouren an PF 100 1350 Wien

Kd-Nr.: 0021000056 • ZVR-Nummer: 576439352